



Sitzung vom

15. Oktober 2024

Mitgeteilt den

18. Oktober 2024

Protokoll Nr.

790/2024

Anfrage Casale

betreffend Bildung eines Fonds für die geschichtliche Aufarbeitung kritischer Geschehnisse in den Bündner Regionen/Talschaften

Antwort der Regierung

Zu Frage 1: Die Regierung hat ergänzend zu den Arbeiten der Geschichtsforschung die vertiefte Aufarbeitung von "dunklen Kapiteln" der Bündner Geschichte in der jüngeren Vergangenheit wiederholt initiiert, unterstützt und umgesetzt (z. B. Studie zu den Jenischen in Graubünden: "Integration und Ausschluss", Ausstellung im Rätischen Museum: "Verdingkinder reden", Auftrag der Regierung zur Erforschung der "Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in Graubünden" u. w.) und wird dies auch in Zukunft tun. Die Regierung erachtet es jedoch als nicht notwendig, in diesem Zusammenhang einen spezifischen Fonds zur "Aufarbeitung kritischer Geschehnisse" einzurichten. Abgesehen von Fragen der Zulassungs-, Qualitäts- und Entscheidungskriterien und der Standards eines derartigen Finanzierungsinstruments stehen genügend Gefässe zur Verfügung, mit denen ergänzend zur institutionalisierten Geschichtsschreibung und ihren Institutionen (Universitäten, Forschungsinstitute wie das Institut für Kulturforschung Graubünden [ikg], Staatsarchive und Museen) die Aufarbeitung von "dunklen Kapiteln" besonders gefördert wird. Zur Finanzierung können die Mittel aus der Spezialfinanzierung Landeslotterie sowie weitere Fördergefässe auf kantonaler und allenfalls nationaler Ebene (insbesondere der Schweizerische Nationalfonds SNF) herangezogen werden. Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Forschungsprojekte insbesondere zu "dunklen Kapiteln" der Bündner Geschichte sprechen aus Sicht der Regierung dafür, die bisherige Praxis fortzusetzen und auf die Einrichtung eines spezifischen Fonds zu verzichten.

Abschliessend bleibt festzuhalten, dass aus Sicht der Regierung nach der wissenschaftlichen Aufarbeitung vor allem auch die didaktische Aufbereitung, Erschliessung

und Bekanntmachung historischen Wissens zentral ist, damit es als Orientierungswissen wirken kann.

Zu Frage 2: Der Errichtung von Mahnmalen oder Gedenksteinen zur Erinnerung an den "Hexenwahn" steht die Regierung kritisch gegenüber. Die Sensibilisierung und Information an den unmittelbaren historischen Stätten des Geschehens – wie dies beispielsweise im Pretorio in Vicosoprano geschieht – erscheint für die Erinnerungsarbeit sinnvoller. Hinzu kommt, dass eine niederschwellige Erschliessung und Bereitstellung der historischen Quellen (auch auf digitalem Weg) zum Thema Hexenverfolgung geeigneter scheint, um diese Ereignisse in der Öffentlichkeit präsent zu halten und einer zeitgemässen Geschichtsforschung zugänglich zu machen. So plant das Rätische Museum für das Jahr 2026/2027 eine Sonderausstellung zum Thema "Hexen", mit einem Blick auf gesellschaftliche, politische und rechtliche Strukturen und Implikationen, die zur Hexenverfolgung in Graubünden und der Ostschweiz führten. Dieses Projekt des Rätischen Museums wird in Zusammenarbeit mit dem Liechtensteinischen Landesmuseum realisiert. Die Ausstellung basiert auf einem laufenden Forschungsprojekt des ikg.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "D. Parolini".

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "D. Spadin".

Daniel Spadin